

Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 15.11.2022

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Naturschutz und Forsten

Naturschutzfachliche Belange:

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es zunächst, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzl. geschützte Biotope, geschützte Landschaftsteile etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.

Die naturschutzfachliche Vorgabe gilt in diesem Fall insbesondere für die jungen Gehölzstrukturen und Gehölzbestände, die sich im östlichen Bereich des Plangebietes erstrecken.

Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet an-

Die Hinweise zum Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz werden zur Kenntnis genommen. Bei der Planung handelt es sich um die Erweiterung eines ortsansässigen Betriebes um Anlagen mit Aufladestationen für elektrobetriebene Fahrzeuge. Diese Anlagen können auf dem bestehenden Betriebsgrundstück der Tankstelle und der Waschstraße nicht mehr untergebracht werden. Gleichzeitig sind diese Anlagen wichtig für einen künftigen Fortbestand des Betriebes und für die Deckung des Bedarfs an entsprechenden Ladestationen.

Um die E-Mobilität zu stärken und damit auch die Belange des Umweltschutzes (Vermeidung von Emissionen) sowie der Wirtschaft (Sicherung von Arbeitsplätzen) wird die Überplanung der Gehölzgruppe der Vorrang eingeräumt. Ein Ersatz für den Eingriff erfolgt an anderer Stelle im Stadtgebiet.

Im Rahmen der weiteren Planbearbeitung wird ein Umweltbericht als Teil der Begründung erstellt. Im Umweltbericht werden die einzelnen Schutzgüter benannt, der Eingriff bewertet und bei Bedarf Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen vorgegeben. Im Zuge der Eingriffsbilanzierung erfolgt eine Bio-

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

grenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten. Im Zuge der Bestandsaufnahme ist ein besonderes Augenmerk auf die zahlreichen Gehölzstrukturen zu legen.

Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und auf dieser Ebene der Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) darzustellen.

Forstfachliche Belange:

Der Gehölzbestand im östlichen Bereich des Plangebietes weist kaum Verbindungen zu dem östlich/südöstlich anschließenden Gehölzbestand auf und kann daher separat betrachtet werden. Der Gehölzbestand ist aufgrund seiner Lage, seiner Beschaffenheit und insbesondere seiner Größe nicht als Wald im Sinne des Nieders. Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) zu beurteilen.

Artenschutzrechtliche Belange:

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden bereits im Vorfeld der frühzeitigen Beteiligung abgestimmt. Die Abstimmung ergab, dass die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) nicht zwingend erforderlich ist. Die artenschutzrechtlichen Belange können in Form einer sog. Potentialanalyse abgehandelt werden. Eine saP beinhaltet die Untersuchung und Bewertung der im Vorfeld abgestimmten Tiergruppen, eine Potentialanalyse beinhaltet dagegen die Abhandlung aller im Plangebiet potentiell vorkommenden Tiergruppen/-arten, d.h. die Potentialanalyse hat nicht nur die mit hoher Wahrscheinlichkeit vorkommenden Tiergruppen der Brutvögel und Fledermäuse abzuhandeln, sondern auch Aussagen zu den potentiell vorkommenden Tiergruppen der Amphibien,

toptypenkartierung und –bewertung, bei der auch die Gehölzstrukturen berücksichtigt werden.

Aus der Eingriffsbilanzierung werden die Kompensationsmaßnahmen ermittelt und konkret in Plan und Text benannt.

Der Hinweis, dass der Gehölzbestand wegen seiner Lage, seiner Beschaffenheit und insbesondere seiner Größe nicht als Wald im Sinne des NWaldLG zu beurteilen ist, wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung nicht zwingend erforderlich ist, wird zur Kenntnis genommen.

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden in Form einer Potenzialabschätzung abgehandelt. Im Vorfeld wurden hierzu mit der unteren Naturschutzbehörde die planungsrelevanten Arten der Avifauna und Fledermäuse abgestimmt. Aus diesem Grund beinhaltet die Potenzialabschätzung Aussagen zu diesen Tiergruppen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

der Kleinsäuger etc. zu treffen.

Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben), d.h. nicht zwischen dem 01. März und 31. Juli.

Erforderliche Rodungsarbeiten und sonstige Gehölzarbeiten (Rückschnitt, Umsetzungen) sind gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG auf das unumgängliche Maß zu beschränken und gemäß § 39 BNatSchG auch bei Zulässigkeit des Eingriffs in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar auszuführen.

Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG ist vor der Fällung potentieller Höhlenbäume von fachkundigem Personal der Biologie, der Ornithologie, der Landespflege etc. zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden.

Arbeiten im Plangebiet (Fäll- und Rodungsarbeiten) dürfen nicht in der Zeit von März bis September (einschließlich) durchgeführt werden. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung hat ergeben, dass die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze erstreckt. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und da Tötungen in Bezug auf die Vorhabenwirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand des Tötungsverbots nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist. Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da Schall- und Lichtimmissionen im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Der Gehölzeinschlag ist auf ein Minimum zu reduzieren, um die Beeinträchtigungen Gehölz bewohnender bzw. -abhängiger Vogelarten zu verringern. Entsprechend dürfen die Gehölze nur dann geschlagen werden, wenn es bautechnisch zwingend notwendig ist.

Ist ein Einhalten der Bauzeitenbeschränkung nicht möglich, ist das Plangebiet im Rahmen einer qualifizierten ökologischen Baubegleitung vor der Herrichtung, hier der Beseitigung des Gehölzbestandes, durch fachkundiges Personal der Biologie, der Landespflege oder der Ornithologie auf geschützte Arten und deren Brut- und Lebensstätten (Bruthöhlen, Quartiere etc.) abzusuchen. Sofern dabei keine geschützten Arten und/oder Brut- und Lebensstätten festgestellt werden, ist die Herrichtung des Plangebietes zulässig. Eine ökologische Baubegleitung ist im Vorfeld namentlich zu benennen und der Unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen.

Ergeben sich vor und während der Herrichtung des Plangebietes Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.

Zur Durchführung der Planung ist die Beseitigung im gesamten relativ kleinen Plangebiet erforderlich. Der Eingriff wird aber an anderer Stelle im Stadtgebiet ausgeglichen.

Die Einhaltung der Bauzeitenbeschränkung wird angestrebt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 03.11.2022

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbilddauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbilddauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbilddauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbilddauswertung: Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das Plangebiet eine Luftbilddauswertung empfohlen wird, da der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Eine Luftbilddauswertung wird vom Vorhabenträger beantragt.

EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 26.10.2022

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Ver-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die im Plangebiet vorhandenen Trafoanlagen sind innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Fläche zulässig und damit gesichert.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Im Plangebiet werden keine öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt, Versorgungstreifen sind daher nicht erforderlich.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Im Plangebiet sollen keine Gebäude entstehen. Ein wärme-

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

sorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:
<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>

technisches Versorgungskonzept ist für das Plangebiet daher nicht vorgesehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.

Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Bitte schicken sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig ausschließlich an unser Postfach info@ewe-netz.de

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner
Svenja Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 151-74493155.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Wasserverband Hümmling, mit Schreiben vom 10.11.2022

Gegen die o.g. vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling grundsätzliche Bedenken und Einwände.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verband im Zusammenhang mit der Neuordnung der Grundstücksverhältnisse im Bereich seiner Trinkwasser-Druckerhöhungsanlage am Deverweg zur Versorgung des Stadtgebietes der Stadt Papenburg und zugunsten der Stadt Papenburg und des Vorhabenträgers mit dem Erwerb des Grundstückes südlich des Planbereiches (Flurstück 408/342; zuvor Teil des Flurstückes 408/330) folgendes Leitungsrecht als beschränkt persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch der Stadt Papenburg, Blatt 12257 eingetragen bekommen hat:

„Der Wasserverband Hümmling ist berechtigt, auf einem an der Grundstücksgrenze zu den Flurstücken 408/329 und 408/337 verlaufenden Grundstücksstreifen in einer Breite von 6,0 m Leitungen mit den erforderlichen Armaturen und auch Strom- und Steuerkabel zu verlegen, zu betreiben und zu unterhalten. Auf den von dem Leitungsrecht betroffenen Grundstücksflächen dürfen keine Baulichkeiten errichtet und keine Bäume angepflanzt werden. Auch ist sonst alles von der Grundstückseigentümerin zu unterlassen, was den Bestand und den Betrieb der Leitungen beeinträchtigt.“

Östlich des Planbereiches hat der Verband ein Wegerecht von der Nordgrenze seines Grundstückes 408/344 (zuvor Teil des Flurstückes 408/260) bis zur Einmündung in den Deverweg. Die Grundstücksbereiche mit Grunddienstbarkeiten zugunsten des Verbandes sind dem anbei liegenden Lageplan zu entnehmen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung grundsätzliche Bedenken bestehen.

Die Eintragung des Leitungsrechts wird zur Kenntnis genommen. Der Vorhabenträger hat zwischenzeitlich mit dem Wasserverband eine Alternativlösung erarbeitet. Das Leitungsrecht wird ins westliche Plangebiet verlegt und planungsrechtlich festgesetzt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass nordöstlich des Plangebiets ein Wegerecht zugunsten des Wasserverbandes eingetragen ist. Dieses Wegerecht wird ebenfalls ins westliche Plangebiet verlegt und im Bebauungsplan als Fahrrecht festgesetzt.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Das im Plangebiet befindliche Leitungsrecht dient der langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung des Bokeler Gebietes nördlich der Bahnstrecke und darüber hinaus der Sicherstellung der Versorgung des gesamten Stadtgebietes und ist insofern unverzichtbar. Dieses Recht muss für den Verband insofern vollumfänglich nutzbar bleiben. Die vorliegende Planung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 23/II „Altes Wasserwerk – Teil 2“ ist hiermit nicht vereinbar, so dass seitens des Wasserverbandes Hümmling der Planung hiermit widersprochen wird.

Dem im Planbereich im Bau befindlichen zweiten Trafogebäude sowie mindestens der geplanten ersten (östlichsten) Elektroladestation P1 für PKW wird daher hiermit widersprochen. Die Entfernung des bereits vorhandenen zweiten Trafogebäudes ist zu veranlassen, um dem Verband weiterhin sein Recht zur o.g. Nutzung des Grundstücksstreifens zu ermöglichen.

Wie bereits beschrieben, wurde das Leitungsrecht verlegt und steht der Planung somit nicht mehr entgegen.

Aufgrund der Verlegung des Leitungsrechts ins westliche Plangebiet steht auch das zweite Trafogebäude dem Nutzungsrecht des Wasserverbandes nicht mehr entgegen.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 09.11.2022

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie die den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
(nicht angegeben)	(nicht angegeben)	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine ge-

Der Hinweis bezüglich einer erdverlegten Gashochdruckleitung wird zur Kenntnis genommen. Durch die beteiligten Leitungsträger wurden hierzu im Zuge der frühzeitigen Beteiligung keine Hinweise vorgetragen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

otechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Ob im Vorhabengebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrechterhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de. Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Die Hinweise bezüglich des BbergG werden zur Kenntnis genommen. Gemäß dem Nibis-Kartenserver bestehen im Plangebiet keine Erlaubnisse, Bewilligungen und auch kein Bergwerkseigentum.

Altverträge sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 17.10.2022

Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Das Plangebiet befindet sich in einem Jettieffflugkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden. Zudem liegt es im Interessengebiet der Militärischen LV-Radaranlage Brockzetel.

Evtl. Antworten/Rückfragen senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-II-1416-22-BBP ausschließlich an die folgende Adresse: BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange der Bundeswehr aufgrund der Planung nicht beeinträchtigt werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“, mit Schreiben vom 07.11.2022

Seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen eingehalten werden:

1. Der UV 104 „Ems IV“ ist im wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.

Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Der UV 104 wird am wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren beteiligt.